

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	6 (1914)
Heft:	2
Rubrik:	Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht hinwegtäuschen über die wirtschaftlichen Nachteile, die notwendig im Gefolge dieser Entwicklung standen. *Die Wirklichkeit kennt in der Tat eine solche Erhöhung der Lebenshaltung nicht.* Die geschilderte Entwicklung verliert auch — und mit Recht — sogleich viel von ihrem Glanze, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass in diesen 100 Jahren das wirtschaftliche Leben sich von Grund aus geändert hat. Zunächst und zuvörderst trat an Stelle der häuslichen Eigenproduktion der Einkauf beim Händler und in Geschäften, das bedeutete eine ungeheure Umwälzung, die eine mächtige Verteuerung gerade des notwendigen Lebensbedarfes zur Folge hatte, eine Verteuerung, die in keinen Zahlen der Statistik zum Ausdruck kommen kann, da der wirtschaftliche Wert der Eigenproduktion zahlenmäßig nicht fassbar ist.

Hand in Hand mit diesem Herauswachsen aus der Eigenwirtschaft ging die Vermehrung der Ansprüche, nicht sowohl in der Richtung des notwendigen Lebensbedarfes als vielmehr bezüglich des mehr oder weniger «Ueberflüssigen», des «Luxus». Mächtig genährt und gefördert wurden diese Ansprüche durch die Entwicklung des Dorfes zur Stadt, der Stadt zur Grossstadt. Neue Bedürfnisse wurden hierdurch geweckt, nebensächliche, aber auch notwendige, dringende, die mit ihren kleineren oder grösseren, selteneren oder häufigeren Ausgaben das Budget mehr oder weniger belasten auf Kosten der Aufwendungen für den notwendigen Lebensunterhalt. Um nur eines herauszugreifen: in welcher Weise ist nicht das Leben des Arbeiters durch die notwendigen Ausgaben für die Fahrgelegenheit zu und von der Arbeitsstätte verteuert worden; oder für die Ausgaben für Zeitung, Lektüre, Beitrag für die Gewerkschaft und dergleichen, die man heute sämtlich zu den notwendigen Aufwendungen wird rechnen müssen. Ganz zu schweigen von der Belastung durch die bedeutende Erhöhung der öffentlichen Abgaben (Steuern). Der Verfasser teilt dann noch einige Tatsachen über die Verpflegungskosten der Arbeiter einst und jetzt mit und schliesst seine Ausführungen mit folgenden Worten:

«Nach diesen beiden letzten Untersuchungen scheint also die Steigerung der Löhne fast oder wenigstens zum grossen Teil durch die Erhöhung der Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt ausgeglichen zu sein. Als Endergebnis können wir also hiernach feststellen, dass im grossen und ganzen für die Masse des Volkes die Lebenshaltung — sofern wir Einkommen und Ausgaben miteinander in Beziehung setzen — sich weder erheblich verbilligt noch verteuert hat, sondern ungefähr gleich geblieben ist.»

Wir sehen also, dass trotz der ungeheuren

Reichtümer, die das französische Proletariat geschaffen hat, seine Lage sich nicht verbessert hat, wie es die bürgerlichen Herren zu behaupten belieben. Im nächsten Artikel werden wir die Verhältnisse in England schildern. Im letzten Artikel sollen noch die Verhältnisse in Belgien und Spanien geschildert werden. Ch. R.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Aus den französischen Gewerkschaften.

Ein Organisationskonflikt, der das Gebrechen der veralteten französischen Organisationsform blosslegt, ist im Metallarbeiterverband ausgebrochen. *Merrheim*, einer der Sekretäre der Metallarbeiterorganisation, hatte auf dem im September stattgefundenen Verbandskongress im wesentlichen die Erklärungen, die er, Jouhaux, Luquet und andere auf der Gewerkschaftskonferenz gemacht hatten, wiederholt. Es waren dies jene Erklärungen, die so viel Aufsehen gemacht hatten und die, wenigstens in der Form, eine Schwenkung des revolutionären Syndikalismus bedeuteten, deren bedeutendster Vertreter Merrheim ist. Merrheim war zu dieser Wiederholung gezwungen, infolge der Angriffe von anarchistischer Seite. Dabei erwiderte Merrheim auch auf die Angriffe gegen die Gewerkschaftsbeamten. Von einem der 24 Pariser Syndikate, die der Metallarbeiterföderation angeschlossen sind — und dessen Mitglied Merrheim gerade war — lag ein Antrag vor, dass die Verbandsbeamten nicht wiederwahlbar sein sollen. Der Antrag wurde übrigens gegen wenige Stimmen abgelehnt und Merrheim selbst mit 136 gegen zwei Stimmen wiedergewählt.

Damit waren jedoch die Leiter des fraglichen Pariser Syndikats nicht zufrieden. Es begann eine grosse Hetze gegen Merrheim, die schliesslich damit endigte, dass Merrheim wegen seiner Erklärungen auf dem Kongress — die übrigens vom Kongress einstimmig gebilligt worden sind — aus seinem Syndikat ausgeschlossen wurde!

Nun ist die Organisationsbasis des französischen Metallarbeiterverbandes, wie die fast aller französischen Gewerkschaften, die föderalistische. Die Organisation ist eine Vereinigung von lokalen Syndikaten, deren Mitglieder die Föderation als solche ignorieren. Gegen einen Syndikatsbeschluss kann nicht an die Föderation appelliert werden und die Föderation kann keinen Syndikatsbeschluss — ob er nun einen Riesenkampf heraufbeschwört oder die Verbandsleiter ausschliesst — aufheben. Mit dem Ausschluss aus dem Syndikat ist Merrheim auch aus dem Verband ausgeschlossen und musste von seinem

Posten zurücktreten. Das eine Syndikat nihilierte also den Beschluss der Gesamtheit der Föderation.

Dieser geradezu groteske Vorfall ist aber durchaus nicht neu. Aehnlich wurden vor einiger Zeit der Kassier und der Sekretär des Bauarbeiterverbandes gegen den einstimmigen Willen des Verbandes von ihren Syndikaten zur Niederlegung ihrer Aemter gezwungen. Ein gleicher eklatanter Fall ereignete sich vor zwei Jahren im Buchdruckerbande. Diese Konflikte sind geradezu unvermeidlich und werden sich immer mehr häufen. Sie sind die Folge der Tatsache, dass die französischen Gewerkschaften immer mehr gezwungen werden, ihre Aktion zu konzentrieren, zentrale Streikkassen zu schaffen, die Beiträge dazu zu erheben, kurz, dass das Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aktionskraft von den Syndikaten in die Föderationen übergeht, während man den syndikalistischen Glaubensartikel, die Autonomie der Syndikate, aufrecht erhält. Diese unbegrenzte Autonomie ist eben heute ein Anachronismus und führt zu solchen grotesken Situationen, dass ein beliebiges Syndikat den ausgesprochenen Willen der Gesamtheit nihiliieren kann. Der «Fall Merrheim» ist nur ein Symptom der «syndikalistischen Krise» und wenn er soviel Staub aufwirbelt, so deshalb, weil die Syndikalisten sehr wohl fühlen, dass mit ihm der so viel gerühmte Vorzug des französischen Syndikalismus — die Autonomie der Syndikate — einen entscheidenden Schlag versetzt bekommen hat.

Paris, 19. Februar 1914. Josef Steiner.

Aus der spanischen Gewerkschaftsbewegung.

(IS) Soeben veröffentlicht die spanische Gewerkschaftszentrale ihre Statistik für das Jahr 1913. Derselben entnehmen wir, dass die Zahl der angeschlossenen Mitglieder im letzten Jahre von 147,729 auf 127,804 zurückgegangen ist. Der Verlust ist aber fast ausschließlich auf die Eisenbahner zurückzuführen, deren Mitgliederzahl, die sich anlässlich des grossen Streiks über Nacht vervielfacht hatte, von 83,587 auf 49,325 zurückging. Ihr Verlust beträgt also 33,900, während die übrigen Gewerkschaften um fast 14,000 Mitglieder zunahmen. Auf die einzelnen Berufe verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt: Landarbeiter 3349 (1912: 2972), Lebensmittelindustrie 5316 (4207), Licht- und Heizindustrie 575 (514), Graphische Gewerbe 3613 (3484), Sattler 72 (72), Kellner 762 (864), Keramische Arbeiter 118 (72), Konstruktionsarbeiter 10,057 (10,711), Wagenbauer 114 (58), Gerber 332 (165), Dekoratoren 588 (711), Handlungsgehilfen 270 (725), Lehrpersonal 100 (100), Holzarbeiter 4462 (4238), Seeleute 2024 (280), Metallarbeiter 3542 (3460),

Bergarbeiter 24,457 (15,139), Werftarbeiter 1112 (1205), Gemeinde- und Staatsarbeiter 850 (625), gemischte Berufe 4183 (4060), Friseurgehilfen 86 (161), Tagelöhner 1408 (1224), Journalisten 90 (0), Steinarbeiter 2183 (2062), Textilarbeiter 3155 (2257), Böttcher 629 (505), Transportarbeiter (Eisenbahner) 49,325 (83,587), Schneider 4485 (3780), Glasarbeiter 551 (491). Von der Gesamtzahl der Organisierten entfallen 27,149 auf die Hauptstadt Madrid.

Das Organisationsverhältnis in Norwegen.

Die norwegische Landeszentrale hat soeben eine Statistik veröffentlicht, die das Verhältnis zwischen organisierten und organisationsfähigen Arbeitern des Landes beleuchtet. Danach beträgt die Zahl der insgesamt Organisationsfähigen 259,425, darunter 35,077 Frauen. Organisiert sind 67,318 = 25,95 Prozent. Unter den Organisierten waren 4152 Arbeiterinnen oder 11,84 Prozent der Organisationsfähigen, während die männlichen Arbeiter zu 28,16 Prozent organisiert waren. Ueber die Organisationsstärke in den verschiedenen Industriezweigen am 1. Januar 1913 unterrichtet folgende Tabelle:

Industriegruppen	Insgesamt organisa- tionsfähige Arbeiter	Davon organisiert	
		ins- gesamt	in Prozent
Land- und Forstwirtschaft, Flösserei	35.110	347	0,99
Fischerei	10,841	—	—
Seefahrt	29,756	3,911	13,14
Landverkehr und Handel . . .	25,782	5,721	22,19
Wege- und Wasserbau . . .	10,364	3,581	34,55
Baugewerbe	13,893	7,091	51,04
Bergbau	5,643	3,886	68,86
Steine und Erden	8,284	1,674	20,21
Metallindustrie	24,011	13,840	57,64
Chemische Industrie	5,431	2,374	43,71
Wärme- und Kraftanlagen . . .	1,366	218	15,96
Textilindustrie	10,157	1,702	16,76
Papierindustrie	12,901	7,201	55,82
Lederindustrie	2,526	709	28,07
Holzindustrie	15,803	4,576	28,96
Nahrungs- und Genussmittel- industrie	15,137	3,804	25,07
Bekleidung und Reinigung . . .	15,199	2,863	18,84
Polygraphische Gewerbe . . .	3,843	3,194	83,11
Beherbergung	6,346	—	—
Gemeindearbeiter	6,159	626	10,16
Verschiedene Betriebe	837	—	—
Summa	259,425	67,318	25,95

Ueber der Durchschnittszahl von 25,95 Prozent Organisierter standen eine ganze Anzahl Berufe, und zwar folgende: Sägemühlenarbeiter 26,55 Prozent, Trikotagenarbeiterinnen 28,65, Lederarbeiter 29,38, Hafenarbeiter 33,30, Wege- und Wasserbauarbeiter 33,35, Bautischler 34,40, Schuhmacher 37,03, Böttcher 37,05, Zündholzarbeiter

37,45, Steinarbeiter 38,49, Maler 39,03, Bäcker und Konditoren 41,41, Chemische Industriearbeiter 42,37, diverse Bauarbeiter 43,18, Eisenbahnanlagen 45,15, Tabakarbeiter 48,18, Kupfer- und Blechschmiede 48,49, Barbiere 52,53, Zimmerer 53,47, Former 54,64, Möbeltischler 55,14, Karbidfabrikarbeiter 55,78, Sattler- und Tapezierer 55,80, Strassenbahner 57,01, Nagelschmiede 57,05, Handschuhmacher 57,41, Zellulose-, Papier- und Holzmasseindustrie 58,53, Buchbinder 58,57, Korkschneider 60,81, Goldarbeiter 61,00, Korbmacher 61,62, Rohrleger 62,91, Metallarbeiter 64,38, Klaviermacher 65,96, Maurer und Maurerhandlanger 66,61, Schiffsmaschinisten 67,14, Lithographen, Chemigraphen 67,81, Bergarbeiter 68,86, Eisenbahner 72,17 und Buchdrucker 86,01 Prozent.

Die Statistik hat das grosse Verdienst, endlich eine genaue Unterlage zur Beurteilung der Stärke der norwegischen Gewerkschaften zu schaffen. Vor Jahren ist auf Grund unzulänglicher Zahlen einmal ein ganz falsches Bild im Ausland über das norwegische Organisationsverhältnis entstanden. Die oben wiedergegebenen Zahlen zeigen, dass Norwegen mit zu den besser organisierten Ländern gehört, insbesondere so weit die grösseren Industrien in Frage kommen. Die relative Ziffer von 25,95 Prozent Organisierter ist gewonnen worden unter Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, deren Organisation wohl überall schwach ist, ist also als eine hohe Verhältniszahl anzusehen. W. J.

Ein Protest aus Südafrika.

Auf einem von der südafrikanischen Zensur nicht erreichbaren Wege ging dem Internationalen Gewerkschaftsbunde folgendes Schreiben zu, das von den leitenden Genossen der südafrikanischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften am 21. Januar unterzeichnet wurde und das ein greelles Schlaglicht auf die Vorgänge in Südafrika wirft: «Seit der Erklärung des Belagerungszustandes und auch schon vorher haben wir auf alle mögliche Art und Weise versucht, sowohl durch den Gewerkschaftsbund, durch die Arbeiterpartei oder durch einzelne Genossen Telegramme nach Europa zu senden, um eine getreue Darstellung der Dinge vom Standpunkt der streikenden Arbeiter zu geben, doch scheint uns, ja wir sind dessen so gut wie sicher, dass alle diese Telegramme von den Behörden unterschlagen wurden, obwohl die Gebühren dafür, in manchen Fällen recht hohe Summen, angenommen wurden. Die einzige Möglichkeit, uns mit dem Auslande in Verbindung zu setzen, ist also die gewöhnliche und langsame Post. In der Tat sind die Verhältnisse bei uns zurzeit unhaltbar und solcher Art, wie sie unter britischer Flagge und Ver-

fassung wohl noch nie dagewesen sein dürften. Die Darstellung, welche die Tagespresse in Südafrika über unsere Bewegung gibt und die zweifellos auch ins Ausland telegraphiert wurde, wonach es sich um eine «syndikalistische Revolution» handelt, ist einfacher Schwindel. Sie ist nur bestimmt, in England die öffentliche Meinung und hier im Lande die Stimmung der mittleren Klassen gegen uns einzunehmen. Wir haben dagegen alle Veranlassung, zu glauben, dass die Krise mit Absicht von der Regierung gewünscht und vorbereitet war, um ein für allemal die Arbeiterbewegung durch einen Gewaltstreich abzutun. Da es sich um eine Bewegung handelt, bei der die Verfassung und die Gesetze des Landes nicht im mindesten verletzt wurden, konnte natürlich dieser Zweck nur unter Ausschaltung des Gesetzes erreicht werden. Es handelt sich also um einen wohlüberlegten Plan der Regierung, die politische Opposition durch die Entfernung ihrer Führer totzumachen und die Massen der Arbeiter durch den Terror einzuschüchtern und dabei zugleich die Bewegung der Oppositionspartei des Generals Hertzog durch die Aufstachelung des Rassenhasses der Alt-Holländer gegen den gemeinsamen Feind unmöglich zu machen.

Auf unserer Seite geschah alles Mögliche, um die Bewegung in den Grenzen einer friedlichen wirtschaftlichen Aktion zu halten. Unsere Demonstration am 11. Januar auf dem Marktplatz zeichnete sich nicht nur durch ausgezeichnete Ordnung, sondern auch durch den guten Humor, die Selbstbeherrschung der Massen aus. Aber sie war zugleich ein dramatischer Beweis dafür, dass die Ruhestörung im vorigen Juli nur auf das Vorgehen der Polizei und der Soldateska zurückzuführen war, denn diese griffen damals die Menge an. Diesesmal war weder ein Schutzmann noch ein Soldat in Sicht, und obwohl die Behörden den Strassenbahndienst eingestellt hatten, war die Masse der Teilnehmer an der Demonstration noch viel grösser als am 4. Juli. Weder bei Gelegenheit dieser Massenversammlung noch jemals zuvor oder nachher hat man den Streikenden die geringste Gewalttätigkeit nachweisen können. Sogar die Lokalpresse hat sich zu der Bemerkung verpflichtet gesehen, dass das Benehmen der Streikenden sehr ordentlich und zurückhaltend gewesen sei. Einige isolierte Fälle angeblicher Versuche von Gewalttätigkeiten waren völlig erfolglos und zweifellos von unseren Gegnern eingeleitet. Das Kriegsrecht wurde um Mitternacht am 13. Januar in Kraft gesetzt, in der Tat ein in der Geschichte wirtschaftlicher Kämpfe unerhört rücksichtsloses Vorgehen. Führer und Mitglieder wurden in Massen verhaftet, darunter die gesamten Vor-

stände des hiesigen Zweigs der englischen Maschinenbauerorganisation, des Eisenbahner- und Hafenarbeiterverbandes, sogar die an Stelle der verhafteten Komitees eingesetzten Ersatzkomitees wurden verhaftet. Das gleiche geschah mit dem Parlamentsmitglied Crosswell, der Mitglied der Arbeiterpartei ist, mit einer Reihe von Arbeitermitgliedern der Provinzial- und Stadträte, Arbeiterkandidaten usw. Alle diese Verhafteten haben während der ganzen Krisis und ohne Ausnahme sich mit aller Verve gegen jede Anwendung von Gewaltmitteln gewendet. Trotzdem wurden sie eingekerkert, ohne dass eine Anklage erhoben worden wäre oder eine Verhandlung stattgefunden hätte. Ihre Verhaftung ward verfügt für eine unbestimmte Zeit und einem Teil der Gefangenen wurde nicht einmal gestattet, ihren Rechtsbeistand zu sehen. Zweifellos wird man zu den schwersten Verurteilungen kommen und es scheint sogar die Deportation der Führer bevorzustehen (ist bekanntlich inzwischen schon geschehen). Eisenbahner und Bergarbeiter werden allenthalben in Massen aus ihren Wohnungen getrieben.

Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes ist es ein Verbrechen, zum Streik oder zur Fortsetzung des Streiks zu raten oder einen Streikenden oder seine Familie in irgendeiner Weise zu unterstützen. Die Polizei konfiszierte sogar das Nahrungsmitteldepot des Streikkomitees in Pretoria. Zu den strafbaren Handlungen gehört, wenn man die Farbe der Arbeiterpartei trägt, ein rotes Fähnlein schwingt oder gar das Wort Streikbrecher « ausspricht ». Ein Mann wurde mit einer Geldstrafe von 40 Mk. oder 14 Tagen Haft belegt, weil er einen Schutzmänn « spöttisch » angesehen haben soll. Es war ganz wie in Zabern. Natürlich wurden auch die Gewerkschaftsbureaus und das Bureau der Arbeiterpartei von der Polizei durchsucht.

Täglich wurden Flugblätter von uns verbreitet, um die Streikenden zum Aushalten zu ermutigen und vor Gewalttätigkeiten zu bewahren; aber die Verteiler wurden verhaftet, die Druckereien, in welchen die Zettel gedruckt wurden, hatten einen Ueberfall der Polizei zu erdulden und ihre Maschinen wurden zerstört. Alle Nachrichten und Veröffentlichungen sind der Zensur unterworfen, jede Kritik der Behörde wird bestraft. Jede Zusammenkunft von sechs Personen, auch in einem Privathause, ist verboten, und jeder Bürger muss ständig bei Tag und bei Nacht darauf gefasst sein, dass ihm die Polizei ins Haus tritt. Niemand darf von einem Polizeibezirk sich in einen andern begeben, ohne dazu eine besondere Erlaubnis zu haben und die letztere wird oft verweigert. Jedes Fuhrwerk muss einen besonderen Erlaubnisschein haben und auch hier-

für wird er oft verweigert. Den Streikenden ist es unmöglich, miteinander in Verbindung zu treten und ein Teil der hervorragenderen Genossen wird im eigenen Hause festgehalten. Ueberall wird man von Detektivs und Polizeispitzeln bewacht. Sogar das Privattelephon, die Korrespondenzen werden streng kontrolliert. Alle Städte sind überfüllt von den « Bürgern », denen man Waffen zu tragen gestattet. Der Rassenhass ist von der Regierung wieder angefacht worden, was die schlimmsten Folgen haben kann. Dabei befinden sich auch unter den Streikenden viele Holländer und Mitglieder der Arbeiterpartei.

Das Publikum ist überall von « Bürgern », Polizei und der bewaffneten Zivilmacht mit aufgepflanztem Bajonett bedroht; harmlose Leute, die sich auf die Strasse wagen werden grob behandelt, in Haufen zusammengetrieben und wie Herden unter polizeilicher Bedeckung zum öffentlichen Ankläger geschleppt.

Ganz abgesehen von vielen Detailfragen, handelt es sich in der Hauptsache darum, dass, wie in dem Falle der Indier, die bewaffnete Macht benutzt wird, nicht um Gewalttätigkeiten zu verhindern, sondern um die Arbeiter durch terroristische Mittel zur Arbeit zurückzutreiben. Denn auch alle öffentlichen Einrichtungen des Landes, wie Post, Telegraph, Telephon und die öffentliche Presse werden unter dem Vorwand des Kriegsrechtes der Zensur unterworfen, nicht etwa um jede Aufforderung zu Gewalttätigkeiten zu verhindern, sondern um die Verbreitung von solchen Nachrichten hier oder im Auslande unmöglich zu machen, die der Regierung nicht passen. Als dritter Grund kommt noch hinzu, dass man die Bewegung in dem persönlichen Streit zwischen Botha und Hertzog ausnützt und dass die stille Vereinigung von Botha und den Kapitalisten überhaupt die steigenden Kräfte der Arbeiterpartei eindämmen will, entsprechend der von Botha so oft wiederholten Ankündigung, dass « der Sozialismus in Südafrika nicht gestattet werden kann ».

Der General Brey behauptete, dass die « Bürger » dem Ruf ihrer Partei, die durch die hiesige Regierung vertreten wird, gefolgt und zum Rande gekommen seien, um die Ordnung aufrecht erhalten zu helfen! Infolge der ganz aussergewöhnlichen Isolierung Süd-Afrikas ist es aber unmöglich, die wahren Tatsachen der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Zweifellos wird das Vorgehen der Regierung auch von dem Parlament Süd-Afrikas gutgeheissen werden und ist unsere einzige Hoffnung, dass das Indemnitätsgesetz die Sanktion des Königs nicht erhält.

Inzwischen bereitet die englische Arbeiterbewegung den deportierten Führern aus Süd-

Afrika einen glänzenden Empfang vor, bei dem auch der Internationale Gewerkschaftsbund, und zwar durch den Sekretär der englischen Landeszentrale, vertreten sein wird, um gegen das ungesetzliche Vorgehen der südafrikanischen Regierung energisch Protest einzulegen. Zugleich hat der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien-Berlin, auf Anregung der französischen Gewerkschaften die *Gewerkschaftszentralen aller Länder zu einer gemeinsamen Protestkundgebung* gegen die gewaltsame Unterdrückung des Streiks in Süd-Afrika sowie gegen die ungesetzliche Deportation der neun Streikleiter aufgefordert.



Kinderausbeutung im frommen Lande.

In der rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeitskraft sind die Kapitalisten aller religiösen und politischen Richtungen, Liberale wie Reaktionäre, Freidenker und Fromme, so ziemlich einander gleich. Was die Frommen dazu geben, ist ein grösseres Mass Heuchelei. So erzählt der Abgeordnete und Ziegeleibesitzer Van Reeth aus Boom in der belgischen Provinz Antwerpen, dass in seinem und seiner Kollegen Betrieben keine Kinder ausbeutet würden. Sie arbeiteten nicht im Betriebe, sie spielten dort nur. Wie dies liebliche Kinder «spiel» beschaffen ist, haben dann unsere Genossen Huysmans und Anseele nachgewiesen: zwölfjährige Kinder müssen täglich durchschnittlich 32 Kilometer mit schweren Lasten zurücklegen, das ist etwa das Mass der Leistung, die man in der Manöverzeit kräftigen Soldaten zumutet. Selbst die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepausen müssen mit leichteren Arbeiten ausgefüllt werden. Können die Kinder dieses Mass von Arbeit nicht leisten, dann nehmen sie ihre kleineren Brüder zu Hilfe, die nach der Schule ihnen einen Teil der Arbeit abnehmen, so dass der Unternehmer für einen Lohn zwei Kinder in seinem Dienste hat.

Ein anderes Beispiel «spielender» Kinder bietet die Spitzenindustrie mit ihren grösstenteils zu Klöstern gehörigen «Klöppelschulen». Die Beschäftigung kleiner Mädchen weit unter dem gesetzlichen Alter wird von Verhaegen in seinem Buche über die Spitzenindustrie für die weltlichen Spitzenschulen zugegeben. Für die geistlichen, von Nonnen geleiteten aber tritt auch hier das «Spiel» auf. Er erzählt, wie die Kinder zunächst allgemeinen Unterricht erhalten und zur ersten Kommunion vorbereitet werden. «Inzwischen, so gegen das Alter von 8—9 Jahren, zeigt sich in ihnen der Drang zum Spitzemachen. Sie sind neben einem Klöppelpolster geboren. Immer sahen sie ihre Mutter über die Klöppel gebeugt und lernten oft die ersten Elemente der Spitzens-

kunst vor dem Eintritt in die Schule. Dann möchten sie in allem den Grossen gleichen, die die Arbeitsstube mit dem Klick-Klack ihrer Klöppelstäbchen erfüllen. Die Eltern unterstützen sie in dieser guten Absicht, und oft wird im Alter von 9—10 Jahren, nie früher, die kleine Schülerin von den Nonnen für zwei oder drei Stunden täglich in den Arbeitsraum zugelassen.» Einfach rührend, dieser Arbeitsdrang der Kinder, dem die Nonnen schliesslich in bescheidenem Masse «willfahren»! Leider sieht auch hier die Wirklichkeit wieder ganz anders aus als die fromme Legende. Verhaegen selbst berichtet von Klosterschulen (so der in Poucgue), wo schon Kinder von 7—8 Jahren 4—8 Stunden täglich arbeiten. Das widerspricht also dem Gesetz, geht aber trotzdem ruhig weiter. Sind die Kinder 12 Jahre alt, so lässt man sie noch länger, oft bis abends 7 Uhr, arbeiten. Dann aber gibt man ihnen noch Arbeit für 2—3 Stunden, ja noch mehr, mit nach Hause! Entweder müssen diese Kinder dann bis in die Nacht hinein, vielleicht gar die Nacht durch arbeiten, oder die Mutter oder eine ältere Schwester erbarmt sich ihrer und macht einen Teil ihrer Arbeit neben der eigenen. Dafür wird natürlich auch nur der Lohn der Kinderarbeit bezahlt, der nach Angabe des Abbé Sterkx bei den Ursulanerinnen $1\frac{3}{4}$ —7 Cts. die Stunde beträgt.

«So spielen», heisst es davon im «Peuple», «die kleinen, klugen Mädchen in dem hübschen Arbeitsraume, wo die Stäbchen Klick-Klack machen. Die kleine Brust beugt sich über die Polster, und bei der raschen Arbeit hustet man viel. Die Spitze wird dann verkauft. Sie werden den Preis dafür nicht erhalten, aber ist eine so hübsche Unterhaltung nicht schon Lohn genug?»

Verschiedenes.

Zweiter Simplontunnel.

Für den Ausbau des zweiten Simplontunnels ist eine Gesamtsumme von Fr. 34,600,000 bewilligt. Voraussichtlich werden die Ausgaben bis Ende 1913 Fr. 6,900,000 betragen, so dass Fr. 27,700,000 verbleiben. Für das Jahr 1914 werden Fr. 6,300,000 vorgesehen.

Nachdem das Projekt für den Ausbau des zweiten Tunnels am 12. Dezember 1912 die behördliche Genehmigung erhalten hatte, wurden die Arbeiten von der mit der Ausführung in Regie betrauten Bauabteilung mit der Instandstellung der Installationen und der Ausbeutung des Steinbruches an der Massa begonnen. Im Tunnel selbst wurden die Arbeiten am 20. Dezember 1912 auf der Nordseite und am 30. März 1913 auf der Südseite in Angriff genommen.

Bis zum Ende des Jahres 1913 werden voraussichtlich 4440 Meter Ausbruch und 3940 Meter Mauerung bewältigt sein. Für das Jahr 1914 sind 5700 Meter Ausbruch und 5700 Meter Mauerung in Aussicht genommen. In die auf der Südseite fertigzustellende Strecke (zwischen Kilometer 4,4 und Kilometer 4,5 vom Südportal) fällt auch diejenige Partie, in welcher der Bau des ersten Tunnels durch starke Wassereinbrüche und hohen Gebirgsdruck sehr erschwert und verzögert wurde. Wird das Arbeitsprogramm eingehalten, so werden auf Ende